

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 5

Artikel: SPS-Politik mit Bleigewicht?
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339334>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SPS-Politik mit Bleigewicht?

Der am SPS-Parteitag in Brig gefällte Entscheid zugunsten des am 12. Juni zur Abstimmung gelangenden Finanzpaketes fiel mit 475 zu 149 Stimmen überraschend eindeutig aus. Dieses Resultat ist um so bemerkenswerter, als sich dieser Kongress hauptsächlich aus jenen Delegierten zusammensetzte, die in Montreux mehrheitlich die Ja-Parole zur undifferenzierten Poch-Initiative abgaben. Die kalte Dusche der Volksabstimmung vom 5. Dezember 1976 mochte einiges zum Gesinnungswandel der Delegierten beigetragen haben. Vor allem aber ist es das Verdienst der Parteileitung, den Meinungsbildungsprozess rechtzeitig in die Wege geleitet zu haben, um sich dann in Brig mit bemerkenswerter Überzeugungskraft für einen positiven Entscheid zu engagieren. Man kann rückblickend auf den letzten SPS-Parteitag von einer «Stunde der Parteileitung» sprechen.

Es fehlt nicht an Stimmen, die zu den von Parteitag zu Parteitag sich verschärfenden Kontroversen und «Flügelkämpfen» Bedenken anmelden. Ich halte solche Bedenken prinzipiell als unbegründet. Neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind bekanntlich Ergebnis eines schrittweisen, widersprüchlichen Prozesses, der von der techno-ökonomischen Entwicklung in Verbindung mit der gestaltenden Kraft der Menschen geprägt wird. Wie manche soziale Errungenschaft gehörte zunächst zum Programm einer Minderheit, das lange genug angefeindet und als Utopie bezeichnet wurde. *Kolakowski*¹ hat sich einmal im Blick auf den Weg des historischen Fortschritts wie folgt geäußert:

«Die Erfahrung lehrt, dass Ziele, die sich jetzt nicht verwirklichen lassen, niemals verwirklicht werden können, wenn sie nicht zu jenem Zeitpunkt verkündet werden, an dem sie sich nicht verwirklichen lassen; mit anderen Worten, dass das, was jetzt unmöglich ist, nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt.»

Die Sozialdemokratie, will sie nicht zu einer Bewegung des status quo werden, muss das nötige Verständnis für solche Minderheitspositionen aufbringen. Insofern hat *Peter Vollmer* recht, wenn er kürzlich im «Infra-rot» bestritt, dass die Organisation der Jungsozialisten ein Bleigewicht am Wagen der SPS darstelle. Es kommt indessen darauf an, welche Politik eine solche Organisation betreibt: ob sie sich zu einer schöpferischen und progressiven Politik bekennt oder sich mit sterilen Aussenseiterideen ohne Alternative begnügt.

¹ Leszek Kolakowski: «Der Mensch ohne Alternative — Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein». Piper Verlag, 1960.

Nach Parteitagsberichten soll einer der Wortführer des Minderheitsstandpunktes die Auffassung vertreten haben, eine Zustimmung zum Finanzpaket sei schon deshalb abzulehnen, weil eine Gesundung der Bundesfinanzen dem «bürgerlichen Staat» zugute käme. Wer so argumentiert muss sich sagen lassen, dass er die politische Wirklichkeit in unserm Land völlig verkennt und offenbar noch nie am Strom der Geschichte eines Sozialstaates sass. Der Staat, der da als «bürgerlich» etikettiert wird, ist doch jener Staat, der von der schweizerischen Sozialdemokratie wesentlich mitgestaltet wurde und für den somit die SPS eine Mitverantwortung zu tragen hat. Gutgläubig kann längst nicht mehr behauptet werden, in den letzten Jahrzehnten sei die sozialdemokratische Politik ohne Einfluss auf die Struktur unserer Wirtschaft geblieben. Wer dies aus doktrinärem Eigensinn nicht einsehen will, der zählt im Grunde zu jenen konservativen Kräften, die ein Bleigewicht sozialdemokratischer Politik darstellen.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob ausgerechnet die Sozialdemokraten unserm Staat die notwendigen Mittel verweigern sollen, verdient ein Votum von Bundeskanzler *Bruno Kreisky*² zitiert zu werden:

«Aber wir müssen bei alldem im Auge behalten, dass ein Staat soziale Reformen nur bis zu dem Punkt entwickeln kann, bis zu dem er auch in der Lage ist, sie zu finanzieren. Die besten sozialen Reformen bleiben auf dem Papier, wenn wir nicht in der Lage sind, so reich zu werden, dass wir die Last dieser Sozialreformen nicht nur gerecht verteilen, sondern dass wir sie überhaupt tragen können. Wenn uns das nicht gelingt, dann diskreditieren wir gerade bei denen, für die wir diese Reformen machen, unsere politische Aktivität.»

Zum Bleigewicht einer sozialdemokratischen Politik tragen aber auch gewisse Widersprüchlichkeiten bei. War es nicht gerade die Linke, welche während Jahr und Tag der Konsumgesellschaft den Kampf angesagt hat? Heute aber, da der Konsum etwas stärker belastet werden soll (wenn auch lange nicht so wie im sozialdemokratisch regierten Ausland), wird nun bewegt Klage darüber geführt. Zur Widersprüchlichkeit gehört aber auch, wenn seitens der Linken immer wieder auf *Karl Marx* verwiesen wird, wiewohl gerade letzterer stets die Auffassung vertrat, dass eine neue Ordnung nur im Schosse der kapitalistischen Ordnung heranreifen könne. Die Vorstellung, dass nach Ruinierung der bürgerlichen Wirtschaftsordnung die Stunde des Sozialismus geschlagen habe, ist durch und durch unmarxistisch. Die Geschichte hat denn auch zur Genüge zeigt, dass die Wirtschafts- und Finanzmisere eines Staates keineswegs etwa der Linken zugute kommt, sondern vielmehr radikalen rechtsgerichteten Kräften.

Richard Lienhard

² Bruno Kreisky: «Aspekte des demokratischen Sozialismus». List Verlag.